

Maritta Böttcher, Dagmar Zoschke

## Thesen zur Kommunalpolitik der LINKEN

Für die Partei DIE LINKE arbeiten auch nach den aktuellen Kommunalwahlen mehr als 6.000 ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und zahlreiche politische Beamte, als Landräte, Oberbürgermeister, Beigeordnete, Bürgermeister und Dezernenten. Gemeinsam sind sie es, die das Bild der Partei DIE LINKE vor Ort, in der Öffentlichkeit prägen. Ihr Handeln, ihre Fähigkeiten, Anliegen von Bürgerinnen in die Kreis- und Gemeinderäte zu tragen, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen und linke Politik zum Mitmachen zu leben, führte in der Vergangenheit und Gegenwart zu einer hohen Akzeptanz der Partei. Dies wirkt auch gelegentlich dem zerstrittenen Bild der Bundespartei entgegen. Dies gilt es zu schützen, auszubauen und zu bewahren.

- Die LINKE hat vielfältige kommunalpolitische Erfahrungen in den politischen Alltag der Partei einzubringen. Gegenwärtig erleben wir einen mehr oder weniger reibungslos verlaufenden Generationswechsel, der leider auch mit Übermittlungsverlusten leben lernen muss.
- Eine Kommunalpolitikerin muss im Gegensatz zu Landes- und Bundespolitikerinnen nicht nur ein bestimmtes politisches Feld bearbeiten, sondern in der Regel die gesamte Palette politischer Anforderungen und Themen beherrschen. Und das im Ehrenamt!
- Dazu ist notwendiger Weise Wissen über gesetzliche Grundlagen wichtige Voraussetzungen.
- Um den selbstgewählten politischen Auftrag – konkrete Veränderungen der Lebenssituation der Menschen vor Ort – erfüllen zu können, bedarf es einer breiten Mehrheit der Entscheidungsträger. Das bedeutet, fundierte aktuelle Argumente und machbare Konzepte im parlamentarischen und außerparlamentarischen Raum gemeinsam mit Bündnispartnerinnen bekannt zu machen und durchzusetzen. Das bedeutet, sich selbst als Partnerin verstehen zu lernen und den Beweis anzutreten, dass die Vorhaben vor Ort, mit den Mitteln der Kommune auch machbar und finanzierbar sind. Obwohl nicht vernachlässigt werden darf, dass die Kommunalfinanzierung wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden muss. Schon jetzt sind die alltäglich notwendigen Aufgaben der Kommune mit diesen knappen Mitteln kaum noch finanzierbar.
- Für die Partei selbst ergeben sich aus diesen Anforderungen Konsequenzen:
  1. Sie muss für eine enge Vernetzung zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik und die sie tragenden Genossinnen sorgen. Sie kann bei Beschlüssen der Partei selbst, aber auch bei Anträgen im Bundestag und in den Landtagen einen Kommunal-Check einfordern, der die Auswirkungen auf Kommunen definiert.

2. Sie muss auf allen Ebenen eine langfristige Personalentwicklung und Schulung betreiben, Beteiligungsmöglichkeiten und damit Entwicklungschancen für junge Leute und Quereinsteiger schaffen.
  3. Sie muss regelmäßige Befassung mit Kommunalpolitik auf allen Ebenen und in allen Gremien organisieren.
  4. Sie muss neben allgemeiner Bildungsarbeit der Partei auch und besonders Bildungsangebote machen, die das Handwerkszeug einer Kommunalpolitikerin betreffen. Dazu gehört der Umgang mit Satzungen, Geschäftsordnungen, der Haushalts- Doppik, mit Gesetzen, dem Einbringen von Anträgen und mit Kommunalpolitischen Leitlinien.
- Kommunalpolitikerinnen benötigen für ihre konkrete Arbeit vor Ort als Einzelkämpferinnen und in den Fraktionen Unterstützungsstrukturen, wie Mandatsträgertreffen, Bildungsveranstaltungen, Kommunalpolitische Foren, Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften, Erfahrungsaustausche und Kooperationen über Kreis- und Landesgrenzen hinweg.
  - Trotz unterschiedlicher kommunalpolitischer Strukturen in den Ländern ist die politische Gemengelage ähnlich. Um den Handlungsrahmen für Kommunalpolitikerinnen zu definieren, ist die Erarbeitung von Kommunalpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE erforderlich.
  - Die politischen Gremien sollten sich intensiver und zielgerichteter mit dem wichtigen politischen Stellenwert von Kommunalpolitik in ihrem eigenen Gebiet befassen und kreativ an Aufwertungsvorhaben arbeiten.
  - Gerade die Parteistrukturen müssen den Weg von Kommunalpolitikerinnen zur Gewinnung von Bündnispartnerinnen vor Ort nicht nur begleiten, sondern aktiv befördern. Der Weg sollte in Verbände, Vereine und Bürgerinitiativen führen ohne sie zu vereinnahmen. *Vor Ort engagieren sich viele Menschen in Verbänden, Vereinen für ihre Gemeinde, ihre Stadt. Auch sie stoßen vor Ort vielfach an die Grenzen und Widersprüche gesellschaftlicher Entwicklungen. Auch sie sind ansprechbar für linke Politik. Um sie für eine aktive Mitarbeit in unserer Partei oder in kommunalen Vertretungen zu gewinnen, müssen neue Formen der Ansprache, die Vereinnahmung ausschließt, entwickelt werden.*
  - Die Kommunikation zwischen den einzelnen Akteuren in innerparteilichen als auch im gesellschaftlichen Umfeld ersetzt nicht den Prozess der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen.

Um alle diese Thesen umzusetzen, ist eine grundsätzliche Diskussion auf Bundesebene erforderlich, die in eine konkrete Strategie mündet. Ausgehend von den guten Erfahrungen des Kommunalparteitages von Dresden im Dezember 2005 wäre eine Wiederholung einer solchen inhaltlichen Tagung eines Parteitages zur Aufwertung der Kommunalpolitik ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie.